

## Zeitbezüge

**08. Mai** – Tag der Befreiung vom deutschen Hitlerfaschismus

**10. Mai** – Bücherverbrennung in Deutschland. Unter dem Motto „Wider den undeutschen Geist“ werden in zahlreichen deutschen Städten, so auch in Halle, öffentlich Bücher verbrannt.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

8. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

3. Mai 2011

## Landtag nimmt seine Arbeit auf

Am 19. April 2011, also am 30. Tag nach der Wahl, konstituierte sich in Magdeburg der Landtag. Die Abgeordneten wurden namentlich aufgerufen, die Geschäftsordnung beschlossen und Detlef Gürth (CDU) zum Landtagspräsidenten sowie Helga Paschke (DIE LINKE) und Gerhard Miesterfeldt (SPD) zu Vizepräsidenten gewählt. Dann folgte die Wahl des Ministerpräsidenten, die Koalition aus CDU und SPD hatten Rainer Haseloff vorgeschlagen, er wurde mit 57 Stimmen gewählt, über 67 Stimmen verfügt die CDU/SPD-Koalition. Dieses Ergebnis kommentierte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Wulf Gallert: „Dieses Wahlergebnis bedeutet eine schwere Niederlage für diese Koalition und deutet darauf hin, dass unter der glatten Oberfläche erhebliche Spannungen und Differenzen existieren. Die Folgen sind absehbar. Die nächsten Jahre werden dadurch gekennzeichnet sein, dass die politische Entscheidungsfindung der Koalition eher persönlicher Interessenbefriedigung als inhaltlichen Erwägungen untergeordnet wird. Umso wichtiger ist es für DIE LINKE als Oppositionsführerin, mit klaren politischen Alter-

nativen diese Koalition unter Druck zu setzen. Diese Koalition ist nicht, wie Herr Haseloff meint, durch die Stabilität der Mitte, sondern durch Treibsand und nicht ausgetragene Konflikte gekennzeichnet. „Wie Recht er damit hatte, zeigten die Tage und Wochen zuvor, zeigt der Koalitionsvertrag, der die Grundlage für die Regierungsarbeit der kommenden 5 Jahre werden soll. Hierzu kommentierte Wulf Gallert: „Dieser Koalitionsvertragerscheint so wenig aussagekräftig wie belastbar. Immerhin, sicher ist, dass gar nichts sicher ist – denn alles, was da aufgeschrieben wurde, steht unter dem Vorbehalt des Neuverschuldungsverbotes und des Vorrangs der Haushaltskonsolidierung. Nichts von all dem, was lautstark angesagt wurde, ist garantiert. Das gilt für den Anspruch auf Ganztagsbetreuung ebenso wie für viele andere Versprechungen, die sich schnell als hohl erweisen können. Eines der Grundprobleme Sachsens-Anhalts, der ausufernde Niedriglohnbereich und die schlechte Einkommenssituation, wird Problemfall bleiben. Auf das Ringen um einen gesetzlichen Mindestlohn wurde verzichtet, alles, was zu Auftragsvergabe und

Fördermitteleinsatz im Zusammenhang mit Tariftreue nachzulesen ist, bleibt mehr als schwammig. Alles in allem ist dies ein Vertrag der Enttäuschungen, von großen Ankündigungen ist nichts geblieben. Sachsen-Anhalt wird seinen Weg gewiss gehen – für Wachstum, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit allerdings haben CDU und SPD die Weichenstellungen total verpasst.“ Allein an den Überschriften im Koalitionsvertrag konnte man erkennen, dass DIE LINKE wohl als unsichtbarer Dritter an der Koalitionsverhandlung teilnahm und die CDU die Regierungsalternative vor Augen, manche ihr nicht eigene Kehrtwendung machte.

Warum die SPD allerdings diese plakativen Ankündigungen im Koalitionsvertrage einem wirklichen Politikwechsel mit der LINKEN vorzog, wird ihr Geheimnis bleiben, bei ihren Wählern allerdings, hat sie die Enttäuschung vorprogrammiert.

Einigen CDU Abgeordneten war allerdings schon diese Ankündigungspolitik zu viel, was in den fehlenden Stimmen bei der Ministerpräsidentenwahl zum Ausdruck kam.

weiter auf Seite -7-

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 27.04.2011

Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion fand leider nicht den Weg auf die Tagesordnung der letzten Stadtratssitzung, weil die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde! Mit unserem Antrag wollten wir erreichen, dass sich die Stadt Halle (Saale) gegenüber dem Landesverwaltungsamt deutlich positioniert! Die Schule am Jägerplatz ist nicht geschlossen und Schülerinnen und Schüler können für das neue Schuljahr vom Landesverwaltungsamt zugewiesen werden! Solange es aber keine Klarheit gibt - so was ja leider auch im letzten Jahr - werden eben keine Schülerinnen und Schüler zugewiesen und Argumente für eine Schließung der Schule nehmen zu! Im Mai soll das Thema nun wieder auf die Tagesordnung, nur dann befürchten wir, wird es zu spät sein für die Schule am Jägerplatz!!

Aber der Haushalt der Stadt Halle (Saale) wurde gestern – auch mit den Stimmen unserer Fraktion – bestätigt. In seiner Haushaltsrede machte Bodo Meerheim unsere Zustimmung davon abhängig, wie der weitere Verlauf der Diskussionen, vor allem die Abstimmung zu einigen Anträgen, verlaufen würde. Uns ging es vor allem um die Anträge, die darauf abzielten, keine Streichungen von Fördermitteln im Jugend- und Sozialbereich zuzulassen. Da sich diese im Rat durchgesetzt haben, konnten wir dem Gesamthaushalt auch zustimmen. Selbst Korrekturen in positiver Hinsicht gab es bei den Ausgaben für den Halle-Pass! Bodo betonte in seiner Haushaltsrede, dass Haushaltsberatungen immer Aufschluss geben über die Verwaltung an sich! Er wünschte sich,

dass es in der Zukunft Verbesserungen zum Beispiel bei der Abstimmung innerhalb der Verwaltung gäbe und auch die Oberbürgermeisterin mehr an den Sitzungen zum Haushalt teilnehmen würde. Er betonte weiter, dass die Fraktion DIE LINKE. eine „Ausrottung“ der Daseinsfürsorge in der Stadt nicht mittragen würde! Seine Kritik richtete sich gegen die Verwaltung, die den Haushalt nicht nur zu spät eingereicht hätte, sondern auch zuerst gucken müsse, wo in der eigenen Verwaltung gekürzt werden könne. Bodo nannte u.a. Einsparungen im Personalbereich, die auf einer „echten Personalentwicklung“ aufbauen könnten und sozialverträglich sein müssen. Zum Schluss seiner Rede meinte er, dass er davon ausgehe, dass das Landesverwaltungsamt Kritik am jetzigen Haushaltsentwurf erheben wird und wir uns sicher mit dem Haushalt noch einmal beschäftigen werden! Das Haushaltsdefizit liegt derzeit aktuell bei ca. 25,5 Millionen Euro. Das Landesverwaltungsamt hatte 19,5 Millionen als höchste Grenze vorgegeben.

Auch die Marktsatzung nahm wieder viel Raum in der Diskussion ein und damit auch die Mengen der Änderungsanträge! Positiv ist, - wir haben dem Antrag auch zugestimmt - dass es auch in der Zukunft die Märkte in Halle-Neustadt und an der Vogelweide gibt. In einer ursprünglichen Fassung sollten diese Märkte auch nicht mehr existieren. Der Markt wird auch weiterhin in der Woche von 9-18 Uhr öffnen, am Samstag von 9-14 Uhr und wird sein Domizil auf der Westseite des Marktes haben.

Eine gute Nachricht für alle Rad-

fahrer ist sicherlich, dass der Beschluss zum Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße gefasst wurde! Damit wird die „Schienenfalle“ in der Kröllwitzer Straße beseitigt werden!

Einstimmig wurde die Resolution „Halle blockt. Naziaufmarsch am 1. Mai – wollen wir nicht!“ verabschiedet! „Einstimmig“ wurde möglich, weil der NPD-Stadtrat vor der Abstimmung die Sitzung verließ!

Angenommen wurde unser Antrag zur Aktualisierung der Radverkehrskonzeption. Bis zur Sommerpause soll es nun einen überarbeiteten Bericht geben, der u.a. auch die Ergebnisse des Runden Tisches Radverkehr, der Aktion Stadtradeln und Kritikpunkte des ADFC einarbeitet. Auch eine Übersicht geplanter Radabstellanlagen soll dem Bericht beigelegt werden.

Unser Antrag „Lebensqualität für Halle-Neustadt sichern - Städtebauförderung 2012 erhöhen“ wurde zunächst in den Planungsausschuss verwiesen.

Ute Haupt

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - täglich  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
28.04.2011  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 12.05.2011

## Der Kern linker Politik steht nicht zur Disposition

Der Geschäftsführende Parteivorstand hat sich in seiner Sitzung am 20. April 2011 wie folgt verständigt:

1. Die Partei ist in einer schwierigen Situation. Es ist Aufgabe des Geschäftsführenden Parteivorstandes und aller FunktionsträgerInnen, gemeinsam und in einer fairen und konstruktiven Atmosphäre die nächsten Etappen für die Partei inhaltlich vorzubereiten. Dazu zählen insbesondere die gemeinsame Beratung mit den Ländern am 2. Mai, die Wahlen in Bremen am 22. Mai, die Kreisvorsitzendenkonferenz am 26. Juni sowie die Beschlussfassung über den überarbeiteten Programmentwurf im Mai und Juli dieses Jahres im Parteivorstand. Der GfPV wird dazu für die PV-Sitzung am 30. April eine Vorlage erarbeiten.

2. Es gibt in der Partei breiten Diskussionsbedarf über unsere programmatische und strategische Aufstellung, wenngleich Einigkeit darüber besteht, dass unser Kern linker Politik, soziale Gerechtigkeit und konsequentes Friedensengagement, nicht zur Disposition steht. Diesem Diskussionsbedarf muss Raum in der Partei eingeräumt werden, z.B. auf den Zusammenkünften mit den Kreis- und Landesvorsitzenden. Der GfPV erneuert seine Einladung an alle Mitglieder und Zusammenschlüsse, sich an diesen Diskussionen in offener Atmosphäre und an der Sache orientiert zu beteiligen.

3. An der in den letzten Tagen entstandenen zugespitzten Situation haben viele Anteil, auch Mitglieder des GfPV. Der GfPV sieht sich in der Verantwortung, die Debatte über das Führungspersonal der Partei sofort einzustellen und erwartet von allen VerantwortungsträgerInnen in der Partei

gleiches. In einem offenen und konstruktiven Meinungs austausch wurden Motive und Wirkung öffentlicher Diskussionsbeiträge erörtert. Dabei wurde deutlich, dass die von Raju Sharma gegenüber von Klaus Ernst gewählte Formulierung als verletzend empfunden wurde. Raju Sharma bedauert dies. Werner Dreibus nimmt seine Rücktritts aufforderung gegen Raju Sharma zurück. Sahra Wagenknecht hatte den Rücktritt von Raju Sharma nicht gefordert.

4. Den Mitgliedern des GfPV ist bewusst, dass gerade ihnen im besonderen Maße eine Integrations-

funktion zukommt. Wenn diese Integration gelingen soll, darf es kein Infragestellen des 2010 gewählten Führungstableaus oder öffentliche Angriffe gegen Mitglieder der Parteispitze geben. Wir sind darauf angewiesen, dass sich alle Mitglieder des GfPV kulturvoll und mit dem notwendigen Respekt begegnen.

5. Der GfPV hält es für angebracht, Möglichkeiten zu diskutieren, die Landesverbände noch enger und kontinuierlicher in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse des Vorstandes einzubeziehen.

### DIE LINKE und ihr historisches Erbe

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

**Donnerstag, 5. Mai, 18:00 Uhr,  
Kulturtreff Halle-Neustadt (Am Stadion 6)**

**mit Dr. Stefan Bollinger,**

historische Kommission beim Parteivorstand

Lernen aus der Geschichte ist nicht einfach.

Programmdebatten legen nahe, über Erfahrungen linker Parteien, Bewegungen und Kämpfe neu nachzudenken und sie in Programmen einer Partei zu verankern, die der Geschichte der Ausbeutergesellschaften ein Ende setzen will.

Aber diese plurale Partei ist ob dieser Erfahrungen uneins.

Historiker sind meist am allerwenigsten gefragt.

Oft ist die geschichtswissenschaftliche und theoretische Fundierung mancher Mitglieder nur rudimentär, die viele ältere Mitglieder Ost wie West zwar gründlich, aber nicht selten verengt. Parteifunktionäre sind eher pragmatisch.

Kontakt:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Regionalbüro Halle, Blumenstraße 16,  
06108 Halle, Telefon: 0345 20 255 94

## **Keine Ankündigungspolitik bei NPD-Verbot**

Zur Ankündigung des CDU-Innenministers Stahlknecht, einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot initiieren zu wollen, erklärt die Sprecherin der Fraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus Gudrun Tiedge:

„DIE LINKE begrüßt das Vorhaben des Innenministers, einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot initiieren zu wollen. Im Landtagswahlprogramm der LINKEN hieß es dazu wörtlich: „DIE LINKE setzt sich weiterhin für ein Verbot der NPD ein.“

Es darf allerdings bei dieser Problematik nicht übersehen werden, dass für ein solches Verbotsverfahren die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen sind, das hat sich bereits in der Vergangenheit hinlänglich bestätigt. So ist der Abzug aller so genannten V-Leute aus NPD-Strukturen eine grundlegende Voraussetzung für ein erfolgreiches Verbotsverfahren. Namentlich die CDU-regierten Bundesländer haben dies bislang immer wieder abgelehnt.

Für DIE LINKE steht der CDU-Innenminister Stahlknecht hier in der Pflicht, mit seinen Ressortkollegen in den Ländern und im Bund eine entsprechende Übereinkunft zu erzielen. Fehlt diese, bleibt es bei einer bloßen Ankündigungspolitik, die der NPD eher Auftrieb geben als ihr schaden würde. Sind die grundlegenden Voraussetzungen für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren gegeben, geht DIE LINKE davon aus, dass dieses nicht nur von ihr, sondern parteiübergreifend breite Unterstützung finden wird.“

## **Gedenken an den Tag der Befreiung**

Der Landesverband der Verfolgten des Nazi-regimes und der Antifaschistinnen und Antifaschisten Sachsen-Anhalt (VdN-BdA e.V.) rufen die Vertreter der Parteien und Organisationen sowie die Bürger der Stadt Halle auf, sich an der Kranzniederlegung

**am Sonntag, dem 08. Mai 2011,  
um 10:00 Uhr,**

**dem Tag der Befreiung,**

zu beteiligen.

Wir ehren an diesem Tag die Opfer nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und gedenken der Befreiung vom Naziregime durch die Antihitlerkoalition.

An der Gedenkstätte der Nationen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle spricht Herr Johannes Krause, Vorsitzender des Regionalverbandes des DGB Sachsen-Anhalt Süd, die Worte des Gedenkens.

**Treffpunkt 9:45 Uhr Haupteingang zum Gertraudenfriedhof (Landrain 25)**

**Um 11.00 Uhr wird auch die alljährliche Gedenkveranstaltung der Freundschaftsgesellschaft Sachsen-Anhalt mit den Völkern des Ostens e. V. auf dem Südfriedhof stattfinden.**

## **Verheerenden Boom von Minijobs stoppen**

**Anlässlich der von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Zahlen von ausufernden Dumpinglöhnen in Deutschland kritisiert die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch, die Politik der Hartz-IV-Parteien:**

Der Trend war abzusehen und ist hausgemacht. Sowohl Rot-Grün als auch Schwarz-Gelb priesen Minijobs als Erfolgsmodell der Agenda 2010. Diese Politik hat Deutschland europaweit zum Niedriglohnland gestempelt. Die Folgen sind verheerend. Inzwischen konstatiert die Bundesagentur für Arbeit, trotz wirtschaftlichen Aufschwungs, mehr als 7,3 Millionen geringfügig entlohnt Beschäftigte. Immer mehr Menschen müssen Sozialleistungen beantragen, weil sie sich mit mehreren Nebenjobs nicht über Wasser halten können. Davon besonders betroffen sind Frauen. Die Situation wird sich ab dem 1. Mai 2011 weiter verschärfen, denn damit steht der Arbeitsmarkt auch Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa offen. Das ist ein guter Schritt auf dem Weg zu einem vereinigten Europa. Es ist ein schlechter Schritt, wenn Arbeitgeber nicht daran gehindert werden, die Löhne weiter zu drücken. Doch statt umzusteuern lässt die Bundesregierung weiter zu, dass Leiharbeit und Ausbeutung zu miesesten Bedingungen Hochkonjunktur haben.

Das wirksamste Mittel gegen Lohndumping ist die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro, wie ihn DIE LINKE fordert. Wir werden dafür gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße gehen. Es ist Zeit, die verheerende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu stoppen. Deutschland braucht gute Arbeit und faire Löhne ebenso wie gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

## Mit Sorge registriere ich seit Jahren den Abbau der Stadtteilkultur in Halle.

Vorstellung Dr. Erwin Bartsch - Stadtrat DIE LINKE



### 1. Erwin, Du bist schon recht lange als Stadtrat in Halle tätig.

#### Was beschäftigt Dich aktuell?

Im Jahre 1999 wurde ich als Stadtrat für die PDS Fraktion/DIE LINKE gewählt. Seit Jahren bin ich kulturpolitischer Sprecher der Fraktion und in dieser Funktion natürlich auch Mitglied des Kulturausschusses und Leiter des Arbeitskreises Kultur der Fraktion. Ganz aktuell beschäftigen wir uns im Kulturausschuss und im Arbeitskreis mit den kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Halle. Zielstellung der längerfristigen Diskussion zu den Leitlinien ist eine planungssichere und finanzierbare Kulturentwicklung in unserer Stadt.

Seit Monaten beschäftigt mich besonders die Existenz und die Arbeitsbedingungen der Singschule der Stadt Halle. Hier ist schnelles Handeln erforderlich, um den Fortbestand dieser Einrichtung auch für die Zukunft zu gewährleisten. Die Fraktion DIE LINKE wird bei der Lösung der bestehenden Probleme sich aktiv einbringen.

Mit Sorge registriere ich seit Jahren den Abbau der Stadtteilkultur in Halle. Als Neustädter werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass besonders in dem noch größten Stadtteil, mit einem einst bedeutsamen Kulturreichtum, eini-

ges davon erhalten bleibt, beziehungsweise wieder auflebt.

### 2. Gibt es weitere Schwerpunkte Deiner Arbeit?

Weitere Schwerpunkte meiner Stadtratstätigkeit - die Politikfelder Soziales und Sport.

Hier bin ich auch Mitglied in den entsprechenden Fachausschüssen. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2011 ging es uns vor allem darum, bei allen Bemühungen um die Haushaltskonsolidierung der Stadt, die so wichtigen freiwilligen Leistungen im Rahmen des notwendigen zu finanzieren. Weiterhin bin ich auch Mitglied des Gestaltungsbeirates der Stadt. In diesem Gremium werden bedeutsame Bauvorhaben in der Stadt hinsichtlich ihrer architektonisch - gestalterischen Qualität diskutiert und Empfehlungen ausgesprochen.

### 3. „Rentner haben niemals Zeit“ - Was machst Du sonst so, wenn Du nicht gerade als Stadtrat unterwegs bist?

Neben den Anforderungen die mit Stadtratsarbeit verbunden sind, bin

ich noch in vielfältiger Weise in das Stadtleben eingebunden. So als nun schon seit zwanzig Jahren aktiver Vorsitzender des bereits im Mai 1990 gegründeten Heimatbundes Passendorfe.V.. In all diesen Jahren hat mein Verein in Halle-Neustadt viele Veranstaltungen für die Öffentlichkeit organisiert. Bis zum Verkauf des Passendorfer Schloßchens im Jahre 2008 war dieses Kulturhaus durch die Aktivitäten meines Vereins ein gefragter und beliebter Ort der Kultur und Kunst. Auch einige Publikationen in den vergangenen Jahren sind Ausdruck für meine Interessen und Aktivitäten, z.B. ein Buch über den Kardinal Albrecht und Hans von Schönitz aus dem Jahre 2000 oder eine Dokumentation über die Bücherverbrennung am 12. Mai 1933 in Halle. Dazu gehören auch hunderte von Vorträgen die ich in den vergangenen Jahren gehalten habe und auch in den nächsten Wochen und Monaten halten werde.

Für die nächsten Jahre sind für mich neben den Aufgaben eines Stadtrates die Planungen von Forschung und Publikation bereits fest verankert.

Am 24. April 2011 verstarb nach langer schwerer Krankheit  
unser Genosse

### Hans Stollberg.

Mit ihm verlieren wir einen aufrichtigen, engagierten Genossen  
der nicht nur bei seiner langjährigen Tätigkeit als  
Basisgruppenvorsitzender unseren Stadtverband mit prägte.  
Wir werden ihn und seine Arbeit stets in ehrender  
Erinnerung behalten.

Sven Knöchel  
Stadtvorsitzender

Marion Krischok  
Ortsverband Clara Zetkin

## Das „doppelte“ Neue Deutschland

Seit ca. drei Wochen erhalten wir zu unserem abonnierten Exemplar der Tageszeitung „Neues Deutschland“ in der Geschäftsstelle ein zweites kostenloses Exemplar. Wer es lesen möchte, kann diese Exemplare abholen, leider nur Dienstags (feststehende Öffnungszeiten von 8.30 bis 16.00 Uhr).

Im Stadtverband Gera ist dies anders. Da ist die Geschäftsstelle von Montag bis Freitag geöffnet. Dort gibt es ein sehr engagiertes Team, welches die Arbeit der Geschäftsstelle koordiniert und den laufenden Geschäftsbetrieb „abwickelt“ - ehrenamtlich (!). Der Vorteil ist, dass die Verbindung zu unserer Partei immer gegeben ist. Gerade Nichtmitglieder kommen besonders in Wahlkampfzeiten spontan vorbei zu

einem Gespräch, um sich über unsere Partei zu informieren oder Materialien mitzunehmen.

Und dabei hat der Stadtverband weniger Mitglieder als unserer.

Könnte das bei uns auch so sein? Finden sich GenossInnen, die jeweils 1 Tag in der Woche die Blumenstraße „besetzen“? Auch brauche ich einen Vertreter/ eine Vertreterin. Was ist, wenn ich mal ausfalle wegen Krankheit oder mal einen richtigen Urlaub machen möchte? Interessierte nicht berufstätige GenossInnen bitte melden! Unser Telefon ist auch mit einer Sprachbox ausgestattet, so könnt Ihre Nachricht hinterlassen oder kommt Dienstags zu den oben genannten Öffnungszeiten vorbei.

Ingrid Giesel

## Atomkraft? - Nein danke

Bündnis 90/Die Grünen hatten zu einer Gedenkveranstaltung für den 26.04 - 16 Uhr zum Thema „25 Jahre Tschernobyl“ auf dem Marktplatz/ An der Ulrichskirche aufgerufen. Unsere Partei hatte zur Unterstützung informiert.

Der Veranstaltungsort war ungenau definiert. So kam es, dass Atomkraftgegner suchend auf dem Marktplatz umherirrten. Ein Info-Stand befand sich an der Konzerthalle. Die Teilnehmerzahl dort blieb gering. Nur wenige Passanten hielten inne. Die Öffentlichkeit war meines Erachtens in unserer Stadt nicht ausreichend informiert. Dies sollte bei diesem sensiblen Thema professioneller geschehen. Genossin Sigrid Ae aus der Basisorganisation Riebeckplatz/ Hofjäger, bekannt als Aktivistin an Info-Ständen im Wahlkampf, wusste schon seit langem von einem Termin zum Gedenken an Tschernobyl

in Leipzig und hatte die Kurzreise mit zwei anderen Gleichgesinnten geplant. Auf der Rückreise berichtete sie mir von den beeindruckenden Kundgebungen vor der Thomaskirche und auf dem Augustusplatz. Mit vielen anderen Mitstreitern hatte sie sich in die Demonstration „Atomkraft? - Nein danke“ eingereiht, was ihr ein Gefühl der Stärke gab. Seit Donnerstag, den 28.04., tagt die von Angela Merkel einberufene Ethikkommission. Uns bleibt zu hoffen, dass dieses Gremium eindeutige Richtlinien zur baldigen Abschaltung der Atomkraftwerke an die Politik erteilt, die uns kurzfristig von der lebensfeindlichen Risikotechnologie befreit. Wir als Linke müssen bei allen moralischen Ablehnungen unseren Blick dafür schärfen, dass durch Atomenergieerzeugung riesige Profite für private Taschen erzielt werden.

Hajo

## Wirtschaftsförderung auf volkswirtschaftliche Effekte für Region und Land ausrichten

Zur Ankündigung der Wirtschaftsministerin Wolff, die Förderpolitik des Landes ändern zu wollen, stellt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Dr. Frank Thiel fest:

„Die Absicht der Landesregierung, das Land vom stetigen Subventionsfluss lösen zu wollen, ist von der Tendenz her grundsätzlich richtig. Ohnehin muss die überwiegende Mehrheit der Unternehmen bereits jetzt schon ohne Förderung auskommen. Allerdings darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden, das Kriterium Forschung und Entwicklung kann nicht das alleinige sein. Eine größere Wertschöpfung bedeutet zudem auch nicht automatisch mehr Lohn für die Beschäftigten.“

DIE LINKE bleibt - wie in ihrem Sachsen-Anhalt Konzept 2011 „Wirtschaft und Arbeit für ein Lebens- und liebenswertes Sachsen-Anhalt“ dargelegt - bei ihrer Forderung, dass die Fördermittelvergabe grundsätzlich nicht mehr nur mit Blick auf die betriebswirtschaftlichen Effekte eines Unternehmens, sondern auf die volkswirtschaftlichen Effekte für die Region und das Land auszurichten ist. Dazu gehört neben der berechtigten Forderung nach höherer Innovationskraft auch die im Koalitionsvertrag angekündigte Einhaltung von Sozial- und tariflichen Standards. Für DIE LINKE sind Unternehmen, die ihren Beschäftigten weniger als 8,50 Euro pro Stunde zahlen, nicht förderfähig. Die Fraktion wird dieses Thema in der kommenden Landtagssitzung auf die Tagesordnung setzen.“

## Landtag nimmt...

Fortsetzung von Seite -1-

Aber auch personeller Streit prägt die selbsternannte Sachsen-Anhalt Partei, die sich insbesondere gegenüber der LINKEN häufig anmaßt, Lehrmeister in Sachen Demokratie spielen zu wollen. So wurden die Posten in der CDU-Fraktion von einem ausgewählten Kreis in der Kneipe bei bierseliger Laune verschachert.

### DIE LINKE arbeitsfähig

DIE LINKE ist im Landtag mit 29 Abgeordneten vertreten, 9 davon sind erstmals Abgeordnete. Entsprechend sorgfältig erfolgte die Konstituierung der Landtagsfraktion. Einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden wurde Wulf Gallert wiedergewählt. Seine Stellvertreterinnen sind Angelika Klein und Birke Bull. Frank Thiel wurde zum parlamentarischen Geschäftsführer gewählt.

Die Fraktion bildete 3 Arbeitskreise. Arbeitskreis 1 „Bürgerrechte und Inneres“ beschäftigt sich mit der Innen-, Kommunal-, Rechts- und Sportpolitik sowie mit Finanzen, Verwaltungsmodernisierung und Demokratieentwicklung. In ihm arbeiten aus Halle Henriette Quade und Swen Knöchel mit, er wird von Gudrun Tietge geleitet. Arbeitskreis

2 „Bildung und Soziales“ bearbeitet die Sozial-, Bildungs-, Hochschul-, Behinderten-, Kultur-, Arbeitsmarkt- und Wissenschaftspolitik sowie die Fragen der modernen Kommunikationstechnologien. Er wird von Birke Bull geleitet, aus Halle arbeitet dort Hendrik Lange mit. Im Arbeitskreis 3 „Wirtschaft und Landesentwicklung“ finden sich die Themen Wirtschaft, Landesentwicklung, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Gewerkschafts-, Europa- und Tourismuspolitik. Ihm steht Angelika Hunger vor, aus Halle ist Dr. Uwe Köck dort vertreten.

### 4 hallesche Abgeordnete im Landtag

Aus Halle sind im Landtag wieder 4 Abgeordnete. Dr. Uwe Köck und Hendrik Lange, die bereits dem letzten Landtag angehörten sowie Henriette Quade und Swen Knöchel, die erstmals im Landtag sind. Dr. Uwe Köck bearbeitet auch künftig als Sprecher die Landesentwicklung und Raumordnung, Hendrik Lange ist Sprecher für Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Henriette Quade wird zukünftig für die Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik verantwortlich sein, Swen Knöchel ist der finanzpolitische Sprecher der Landtagsfraktion. In den Ausschüssen sind die halleschen Abgeordneten

wie folgt vertreten:

### Henriette Quade:

Innen- und Petitionsausschuss und Stellvertreterin im Ausschuss für Recht und Verfassung

### Dr. Uwe Köck:

Umweltausschuss und Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr sowie Stellvertreter im Landwirtschaftsausschuss

### Hendrik Lange:

Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft und Stellvertreter im Bildungs- sowie Umweltausschuss

### Swen Knöchel:

Finanzausschuss sowie Stellvertreter im Innenausschuss und Ausschuss für Recht und Verfassung.

Da Halle mit 4 Abgeordneten gut ausgestattet ist, bat der Landesvorstand darum, dass die halleschen Abgeordneten auch den alten Landkreis Köthen mit betreuen. Henriette Quade und Swen Knöchel werden daher in Bürogemeinschaft sowohl in Köthen wie auch in der Blumenstraße in Halle ihr Wahlkreisbüro eröffnen. Eine Bürogemeinschaft bilden auch Hendrik Lange und Dr. Uwe Köck, sie werden mit ihrem gemeinsamen Abgeordnetenbüro im Ernst-Haeckel-Weg 5 in Halle-Neustadt zu finden sein.

Ca. 2000 Gegendemonstranten traten am 1. Mai dem Nazi-aufmarsch entgegen. In zwei Demonstrationen zügen ging es Richtung Bahnhof (Fotos: Demozug des Bündnisses Halle gegen rechts). Leider konnte ein Marsch



durch Halle der ca. 800 Neonazis nicht verhindert werden. Trotz massivem Polizeieinsatz gelang es zumindest, dass die geplante Route durch die südliche Innenstadt nicht gelaufen werden konnte und zahlreiche Blockaden auf der Strecke zwangen die Polizei dazu, auch die geänderte Route zweimal zu verlegen. Obwohl es nicht gelungen ist, die Nazis so zu blockieren, dass sie nicht durch unsere Stadt marschieren, macht die Zahl der Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten Mut, dass es eines Tages gelingen wird, Naziaufmärsche in Halle zu verhindern.